

Die unverzichtbare Verantwortung des Einzelnen

Auf dem Weg zum aktivierenden Staat sind Reformen dringend geboten: Soziale Gerechtigkeit und der Umbau des Sozialstaats

Von Wolfgang Merkel

Es gibt keine genuin sozialdemokratische Philosophie der Gerechtigkeit. Dies mutet paradox an: Die Sozialdemokratie, die soziale Gerechtigkeit über ein Jahrhundert lang zur emphatisch beschworenen Demarkationslinie gegenüber der "bürgerlichen" Konkurrenz machte und die noch jüngst mit dem Slogan "Mehr soziale Gerechtigkeit" Wahlen gewinnen konnte, hat keine Gerechtigkeitstheorie von Rang hervor gebracht. Auch in den letzten drei Jahrzehnten dominierten liberale oder kommunitaristische Gerechtigkeitstheorien die internationale Diskussion.

Fehlen damit den Sozialdemokraten die normativen Leitideen, die den notwendigen Umbau des Sozialstaats inspirieren können? Müssen sie sich selbst, ihren Wählern und dem Publikum weiter so klägliche Debatten zumuten, wie wir sie gegenwärtig erleben? Sind Kürzungen der Renten unsozial? Darf man als Sozialdemokrat Bezugszeiten der Arbeitslosenunterstützung verkürzen oder gar Studiengebühren fordern? Die Gralshüter des Status quo, die Gegner der "Agenda 2010", die sich paradoxerweise selbst als progressiv einstufen, haben eine klare Antwort: Man darf es nicht. Diese Antwort, gerne auch mit dem Imperativ der "sozialen Gerechtigkeit" nobilitiert, kommt nicht aus der Reflexion, sondern folgt der Intuition - einer Intuition, die den festgefrorenen Weltbildern der frühen siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts verpflichtet ist.

Der Umbau des Sozialstaats ist unabweisbar: Demografie, Globalisierung und Individualisierung erzwingen ihn. Will die SPD sich bei den Umbauarbeiten nicht an den Beschwörungen der "Linken" orientieren, muss sie sich mindestens drei Fragen stellen. Der normativen Frage: Über welche Leitideen der sozialen Gerechtigkeit verfügen wir? Der pragmatischen Frage: Welche Gerechtigkeitsziele muss eine gerechte Politik verfolgen? Und schließlich der institutionellen Frage: Welcher Logik sollte eine Reform des Sozialstaats folgen, wenn der Umbau gerecht und politisch realisierbar sein soll?

In der Alltagssprache und im politischen Diskurs wird oft übersehen, dass Gleichverteilungen keineswegs per se schon gerecht und ungleiche Verteilungen ungerecht sind. Was soziale Gerechtigkeit ist, sein sollte und sein kann, wird von libertären Denkern wie Friedrich August von Hayek, sozial-liberalen Philosophen wie John Rawls, Kommunitaristen wie Michael Walzer oder Ökonomen wie Amartya Sen ebenso unterschiedlich gefasst wie von den Sozialdemokraten Großbritanniens, Frankreichs oder Dänemarks. Dennoch können die Sozialdemokraten sich Rat holen bei dem großen Gerechtigkeitsphilosophen des 20. Jahrhunderts, John Rawls, aber auch bei dem Nobelpreisträger der Ökonomie, Amartya Sen.

Positive Freiheitsrechte

Bei Rawls, aber noch viel stärker bei Sen, ist der Flucht- und Bezugspunkt freiheitsfördernden und gerechten politischen Handelns die Garantie und Förderung von *Verwirklichungschancen* (Sen) auf ein eigenbestimmtes Leben. Dies geht über die klassisch liberale Forderung nach "negativen" Freiheitsrechten gegenüber dem Staat hinaus. Es fügt ihnen mit besonderem Nachdruck die "positiven" Freiheitsrechte hinzu. Diese versteht Sen als "Fähigkeiten" des Individuums. Sie erweitern dessen Freiheitsraum, Lebenschancen und seine Möglichkeiten, sich den Herausforderungen einer sich immer schneller wandelnden Welt erfolgreich zu stellen. Bildung und Ausbildung sind dabei von zentraler Bedeutung. Sie ermöglichen Individuen jenes "set of capabilities" auszubilden, das es ihnen ermöglicht, in gleichem Maße eigenbestimmte Lebenspläne zu entwerfen und Lebenschancen wahrzunehmen. Individueller und gesellschaftlicher Nutzen fallen hier zusammen.

Freiheits- und Lebenschancen müssen von der Gemeinschaft, gerade auch vom Staat, in fairer Weise und gewissermaßen tiefengestaffelt über das ganze Leben immer wieder bereitgestellt werden. Der Preis, den die Begünstigten an die Gemeinschaft zu zahlen haben, ist die individuelle Verantwortung. Wer für Chancengerechtigkeit plädiert, muss für die persönliche Verantwortung eintreten und darf nicht paternalistische Fürsorge erwarten. "Wo man wirklich die Freiheit und die Verwirklichungschancen besitzt, etwas Bestimmtes zu tun", schreibt Sen, "hat man auch die Pflicht, sich zu überlegen, ob man es tun soll oder nicht, und das impliziert Verantwortung."

Den vollständigen Artikel finden sie in der Frankfurter Rundschau vom 04.06.03 oder unter www.fr-aktuell.de